

# Lieber gleich berechtigt als später

## »Die Frauen sind doch selber schuld...«

Je höher eine Tätigkeit dotiert ist, je mehr Macht sie birgt und je angesehener sie ist, desto geringer ist die Chance, dass eine Frau sie ausübt. An dieser Binsenweisheit konnten auch 30 Jahre feministische Politik kaum Grundlegendes ändern. Die Zahlen für die Hochschulen bestätigen diese Tatsache exemplarisch: Unter den 37000 ProfessorInnen als privilegiertester Gruppe sind derzeit ca. acht Prozent Frauen – Tendenz leicht steigend –, obwohl beinahe fünfzig Prozent der Studierenden weiblich sind. Auf der anderen Seite sind neunzig Prozent des Reinigungspersonals Frauen. Sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) – landauf, landab nicht eben als feministisches Blatt bekannt – konstatierte in ihrem Hochschulanzeiger für das Wintersemester 98/99 die Existenz von »old-boys-networks« (Seite 92) an bundesdeutschen Hochschulen, an denen die beständig besser werdende Ausbildung von Frauen nichts ändert. Auch die herrschende Wissenschaft ist sowohl in der Wahl ihrer Methoden als auch ihres Untersuchungsgegenstandes männerzentriert. Gerade an der »traditionsreichen« Uni Köln erhält Frauen- und Genderforschung kaum Raum und Möglichkeiten.

Der Männerdomäne Universität ist es also bis heute gelungen, Versuche einer durchgreifenden antipatriarchalen Reform zu untergraben. Da die Männergesellschaften nicht freiwillig auf die Privilegien, an die sie sich gewöhnt haben, verzichten, muss ihre Bereitschaft unter anderem durch gesetzlich fixierte strukturelle Maßnahmen erhöht werden.

### Änderungen nicht vorgesehen

Das neue Landeshochschulgesetz böte die Möglichkeit, zumindest Quotierungen für Berufungsverfahren vorzuschreiben – der derzeit aktuelle Entwurf der Landesregierung tut dies aber nicht. Weiterhin entscheiden die Herren Professoren mit ihren erdrückenden Mehrheiten, ob eine Bewerberin tatsächlich die gleichen Qualifikationen aufweist wie der Wunschkandidat. Frauen, die es geschafft haben, im Männerbund Univer-

sität Fuß zu fassen, können zwar als ermutigende Vorbilder für Studentinnen dienen, haben aber häufig Alibi-Funktion und sollen beweisen, dass es keineswegs eine pauschale Benachteiligung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit gibt.

Der Entwurf des Landeshochschulgesetzes schreibt zwar eine gewisse Kompetenzerweiterung von Frauenbeauftragten/Gleichstellungsbeauftragten fest, indem er ihnen Antrags- und Rederecht in den Sitzungen aller Gremien der universitären Selbstverwaltung einräumt und eine Vertretung erwähnt (§ 23), legt aber letztlich keine grundlegenden Einfluss- oder Vetomöglichkeiten fest.

### Rollback

Auch an den Hochschulen meinen viele Frauen, dass quotierte Redelisten unnötig, das Binnen-I albem und die Frauenquote für moderne Frauen eher schädlich seien. Mit dieser Aufkündigung feministischer Solidarität spielen sie dem Patriarchat in die Hände. Derartige Verhalten ist Anzeichen eines antifeministischen Rollbacks in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, der sich beispielsweise in dem von den Medien inszenierten Bild einer »neuen Frau« äussert, die selbstverständlich immer die richtige Damenbinde erwirbt und den ganzen Tag aktiv ist. Dabei wird die Illusion einer stets jugendlichen, attraktiven, selbstbewussten Frau, die sich nimmt, was sie haben möchte, als weibliches Vorbild projiziert. Mit Männern habe sie keine Probleme, sondern wisse die Genüsse des Beischlafs zu schätzen, fordere aber als Ausdruck ihres Selbstbewusstseins ein gewisses Können männlicherseits. Im Zuge sexueller Liberalisierung können aber auch Lesben und bisexuelle Frauen nahtlos in das neue Idealbild eingefügt werden. Diesen »neuen Frauen« werden die Feministinnen entgegengestellt, die sich die Medienindustrie so vorstellt: Frustrierte, lust- und männerfeindliche »Emanzen«, die – ohne dass dies ausgesprochen werden müsste – einfach keinen abgekliegt haben. Dabei wird auf das traditions-

reiche patriarchale Bild des Zigarren rauchenden Mannweibes zurückgegriffen, das bereits im Kampf um Frauenwahlrecht oder das Recht von Frauen, Fahrräder zu benutzen, zum Einsatz kam. Die Quintessenz dieser Darstellungen ist, dass Feminismus etwas von vorgestern ist. Wenn Frauen gesellschaftlich tiefer stehen als Männer, so sind sie eben selbst schuld.

Auch von Teilen der Frauen/Lesbenbewegung wird am Verzicht mühsam errungener Fortschritte gearbeitet. Die sogenannte »Differenztheorie«, die über biologische Tatsachen hinausgehende wesens- und naturgemäße Verschiedenheit zwischen Frauen und Männern ausgemacht haben will, hat immer noch Einfluss. Dabei werden gesellschaftlich produzierte, ansozialisierte Unterschiede zwischen Männern und Frauen als quasi-natürlich und unveränderbar aufgefasst. Der Schritt vom differenztheoretischen Mutterkult zu Kinder, Küche, Krankenpflege ist nicht weit.

### Frauenuni auf der Expo

Die Vision einer Uni von Frauen für Frauen, die der zweiten Frauenbewegung bereits seit den 70er Jahren vorschwebt, soll während der EXPO 2000 in Hannover im Rahmen des Projekts »Internationale Frauenuniversität 'Technik und Kultur'« umgesetzt werden. Die offene und kritische Struktur der Frauensommeruniversitäten wird allerdings zugunsten von privater Finanzierung, Studiengebühren und dem Ausschluss der Studentinnen aus den Leitungsgremien aufgegeben. Die Eingliederung der Frauenuniversität in die EXPO, die unter anderem zu gesteigerter Akzeptanz von Gentechnologie bei der Bevölkerung beitragen soll, birgt inhaltlich die Gefahr in sich, dass die Ablehnung von Gentechnologie und dem damit verwobenen Bereich Bevölkerungspolitik, die bislang ein wichtiger Ausgangs- und Ansatzpunkt feministischer Wissenschaftskritik war, aufgegeben wird.

### Das Patriarchat lebt

Das Patriarchat befindet sich mit der Verbreitung des Märchens von der Wirklichkeit gewordenen

Gleichberechtigung derzeit in der politischen Offensive. Dabei wird geleugnet, dass die in der Regel unentgeltliche Arbeit ohne Urlaubsanspruch und Feiertage im Haushalt, bei der Kindererziehung und der Pflege Angehöriger zu achtzig Prozent von Frauen geleistet wird, dass Frauen für gleichwertige Arbeit oft immer noch weniger Geld erhalten, dass sie weniger Chancen haben, einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz zu finden, weil ArbeitgeberInnen Mutterschutz befürchten, und im Falle einer Rezession als erste entlassen werden, dass Gewalt gegen Frauen eher zu- als abnimmt, dass Frauen durch den Paragraph 218 bei der Entscheidung für oder gegen eine Abtreibung immer noch moralisch unter Druck gesetzt werden, dass sexuelle Belästigung immer noch Alltagserfahrung vieler Frauen ist.

Obwohl beispielsweise das Grundgesetz »bestehende Nachteile« (Artikel 3) konstatiert, auf deren »Beseitigung« der Staat hinzuwirken habe, wird die realexistierende Bevorzugung von Männern derzeit weithin verschwiegen und von grossen Teilen der Bevölkerung nicht wahrgenommen oder negiert.

Zusätzlich sollen Zeichentricksereien wie »Sailor Moon« das traditionelle weibliche Rollenstereotyp für eine weitere Generation zementieren helfen. Auch wenn der einzelnen Frau derzeit theoretisch alle Möglichkeiten offenstehen – die Frauen haben keine Chance, die ihnen zustehende Hälfte an Macht, Positionen, Vermögen, Prestige zu erlangen.

### Wir kämpfen weiter

Als AL sehen wir es als unsere Aufgabe an, patriarchale Unterdrückungsmechanismen zu erkennen, auf sie aufmerksam zu machen und sie sowohl in unserem Alltag wie in der Gesellschaft abzubauen. Wir verwenden in unseren Publikationen konsequent das »große I« und bemühen uns auch in mündlichen Äusserungen um einen geschlechtsgerechten Sprachgebrauch, bei dem Frauen nicht einfach immer »mitgemeint« sind. Dadurch möchten wir das Bewusstsein für Unterdrückungsmechanismen in der Sprache wecken, die das Männliche zum »normalen« und das Weibliche zum anderen machen.

Wir beschäftigen uns auf theoretischer Ebene mit der feministischen Debatte, indem wir beispielsweise den Ansatz von Judith Butler besprechen und halten auch in unseren sonstigen Debatten das Einbeziehen eines feministischen Blickwinkels für selbstverständlich.

Wir achten darauf, Posten und Funktionen möglichst immer quotiert zu besetzen und fordern solche strukturellen Vorgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen, um zumindest eine gleichmäßige Beteiligung von Frauen sicherzustellen. Dabei ist uns bewusst, dass die Quotierungsforderung nur ein erster Schritt sein kann, da sie lediglich einen formalen Rahmen bietet, der inhaltlich gefüllt werden muss, um echte und



Susanne Krauß

dauerhafte Veränderungen zu erreichen. Beispielsweise müssen geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen, bei denen Frauen helfende und zutragende Tätigkeiten erfüllen und Männer öffentlich und aussenwirksam auftreten, überwunden werden. Dafür ist es erforderlich, die dahinterliegenden Sozialisations- und Sanktionsmechanismen, die »männliche« und »weibliche« Identitäten erzeugen, bewusst zu machen und ihnen entgegenzuwirken.

- Für umfassendes Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper!
- Gegen die Kolonialisierung des weiblichen Körpers durch Humangenetik und Reproduktionsmedizin!
- Frauen haben das Recht, sich der Mutterrolle zu verweigern!
- Weg mit dem §218!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Kampf dem Patriarchat in all seinen Formen!
- Für eine feministische Wissenschaftskritik!
- Für echte Gleichberechtigung!

## Die Ökologipolitik der Alternativen Liste

Inzwischen ist alles »ökologisch« – wenn beim Verlassen des Raumes das Licht ausgemacht wird, wenn Menschen 5-Liter-Autos fahren und dafür fünf Mark pro Liter bezahlen oder recycelbare Einmal-Fotoapparate benutzen. Selbst die Firmenwerbung von rücksichtslosen Naturzerstörern wie Bayer oder Siemens schmückt sich inzwischen mit dem Etikett »Umweltschutz«. Was allerdings das betriebswirtschaftlich motivierte Einsparen einiger teurer Rohstoffe mit der tatsächlichen Übernahme ökologischer Leitlinien zu tun hat – und damit mit dem Stopp der Herstellung einer ganzen Reihe von umweltzerstörenden Gütern, wie zum Beispiel den meisten PKWs auf Erdölbasis oder Produkten der Chlorchemie –, ist schleierhaft.

Wer an der Hochschule sinnvolle und wirksame ökologische Politik statt Umweltkosmetik machen will, der/die muss sich erst einmal über die typischen naturzerstörenden Wirkungen im Klaren werden, die von den Hochschulen ausgehen. Und das sind weniger die Plastikbecher und Coladosen (die es leider überall noch gibt), als vielmehr die Grundlagenforschungen für ein naturzerstörendes, auf Profit ausgerichtetes Industriesystem und die Propaganda für entsprechende Ideologien (»Natur ist beliebig ausbeutbarer Rohstoff«).

Linke ökologische Politik an der Hochschule betreibt also zum einen eine scharfe Wissenschaftskritik und greift zweitens gezielt die schlimmsten Erscheinungsformen von Naturzerstörung an, wie zum Beispiel Atomkraftwerke,

Autobahnbau, Transrapid, zerstörerische und krankmachende Landwirtschaft hier und in der »3. Welt«. Ohne eine Kritik der kapitalistischen Profit- und Warenproduktion, der die konkreten Gebrauchswerte von Natur und die Bedürfnisse der Menschen egal sind, bleibt Umweltpolitik zahn- und ergebnislos.

Was bringt zum Beispiel eine sogenannte »Ökosteuer«, die für die gutverdienenden umweltverschmutzenden Konzerne kein Problem darstellt und die für Menschen mit geringem Einkommen nur neue finanzielle Belastungen bringt?

Es sind Ablass-Maßnahmen, die am falschen Produktions- und Konsumsystem nichts ändern und für einige wenige Unternehmen einen neuen Markt für sogenannte »Umwelttechnik« erschließen.

Es geht darum, Konzernen wie Siemens (AKW-Neubauten), Shell (Erdölförderung unter anderem in Nigeria und der Nordsee) und Daimler/Chrysler (Autoproduktion, Luftfahrt, Rüstung) das Handwerk zu legen. Die an der Hochschule vorherrschend betriebene Wissenschaft ist ein Teil dieses Problems. Sie stellt das Know how für Chlorchemie, Gentechnik, autofizierte Verkehrspolitik etc. zur Verfügung und sichert ihre Rahmenbedingungen. Ein Beispiel ist die wissenschaftliche Unterstützung des Baus des Transrapid durch die Berechnung ökologisch zerstörerischer Trassenführungen von Hochgeschwindigkeitszügen durch das Institut für Verkehrsökonomie.

Ökologische Politik heisst für uns:

- Die Auseinandersetzung mit den zerstörerischen Auswirkungen der an der Hochschule betriebenen Wissenschaft und ihrer Anwendung führen.
- Für ökologische Fragestellungen und Projekte ausreichende materielle Mittel und Ausbildungsgänge einfordern. Für die Erforschung und dezentrale Anwendung von regenerierbaren Energien wie Sonne, Wind und Wasser eintreten.
- Die begonnene Umstellung der Mensen auf gentechnikfreies Vollwertessen aus kontrollierter biologischem Anbau fortsetzen.
- Ein Müllentsorgungskonzept etablieren, in dem Wegwerfgeschirr keinen Platz mehr hat.
- Stopp der milliardenteuren Müllverbrennung in Köln. Stattdessen Müllvermeidung, Wiederverwertung, geschlossene Stoffkreisläufe.
- Wir wollen autofreie Städte bei gleichzeitigem Ausbau des oberirdischen öffentlichen Nahverkehrs. Das bedeutet mehr Busse, Verbreiterung der Radwege auf Kosten von PKW-Trassen, Sperrung von Wohngebieten für den motorisierten Individualverkehr, Nulltarif für KVB und VRS.
- Unterstützung des gesellschaftlichen Widerstands gegen Naturzerstörung: Gegen CASTOR-Transporte, Solidarität mit Hüttendörfern gegen Autobahnbau, BürgerInneninitiativen gegen die Flughafenerweiterung in Köln.



Andrea Capitain